**Lohnsteuerhilfeverein** **e.V.**

**Sitz**

**Geschäftsprüfungsbericht**

**für**

**das Geschäftsjahr**

### Prüfungsauftrag

Am       erteilte mir der vorgenannte LStHV, durch seine(n) gesetzlichen Vertreter

den Auftrag, die nach § 22 StBerG gesetzlich vorgeschriebene Prüfung für das Geschäftsjahr       vorzunehmen.

### 1. Vermögensübersicht

Die vom Verein zu fertigende Vermögensübersicht (**Anlage** ) habe ich geprüft.

Dabei habe ich mich von der Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben über den Kassen- und Bankbestand sowie der sonstigen Vermögenswerte überzeugt.

Meine Prüfung der Vollständigkeit und Richtigkeit der Angaben über den Kassen- und Bankbestand sowie der sonstigen Vermögenswerte führt zu folgenden Beanstandungen:

Die Kassenprüfung führte zu folgenden Feststellungen:

### 2. Gewinn- und Verlustrechnung

Folgende Unterlagen des Geschäftsjahres       haben zur Prüfung vorgelegen:

Kassenbücher  Vollständigkeitserklärung

Lohn- und Gehaltskonten  Gewinn- und Verlustrechnung

Bankauszüge und Belege  Bilanz zum 31.12.

Anstellungsverträge  Hauptabschlussübersicht zum 31.12.

Mitgliederliste  Liste der gezahlten Mitgliedsbeiträge

Verträge mit Vorstandsmitgliedern  Mietverträge

Eingangsrechnungen und Barquittungen

Ich habe die Vollständigkeit und Richtigkeit der Belege und Aufzeichnungen geprüft.

Ich habe geprüft und lege vor:

Gewinn- und Verlustrechnung **Anlage**

Übersicht über Einnahmen, insbesondere Mitgliedsbeiträge **Anlage**

Übersicht über Ausgaben, insbesondere Personalkosten, Sach- und Verwaltungskosten **Anlage**

Beträge für einzelne Mitglieder vom Vereinsvermögen wurden empfangen und daher getrennt erfasst und gesondert verwaltet, § 21 Abs. 2 StBerG.

Ja  Nein

falls ja:

Die Beträge wurden vom Vereinsvermögen getrennt erfasst und gesondert verwaltet.

Ja  Nein

Meine weiteren Feststellungen/Beanstandungen sind:

### 3. Gehälter und Vergütungen

Die Aufgliederung der Personalkosten lege ich in **Anlage**  vor.

Beträge an die Mitglieder der Vereinsorgane (z.B. Vorstand) wurden

nicht gezahlt.

gezahlt und zwar an folgende Personen:

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **Name** | **Funktion** | **Betrag in €** | **Vertrag vom** |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |

Die Zahlungen sind angemessen.

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

Die Vergütungen für die Beratungsstellenleiter sind angemessen.

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

### 4. Mitgliedsbeitrag (vgl. gleichlautende Ländererlasse vom 10.11.2011, BStBl I 2011 S. 1086)

Mitgliedsbeiträge wurden regelmäßig (jährlich) erhoben.

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

Für mehrere Steuererklärungen wurden mehrere Mitgliedsbeiträge erhoben.

Nein

Ja, ich erteile folgende Beanstandungen/Hinweise:

Neben dem Mitgliedsbeitrag wurden besonderen Entgelte erhoben.

Nein

Ja, ich erteile folgende Beanstandungen:

Die Zahlungen der Mitgliedsbeiträge erfolgte fristgemäß.

Ja

Nein (welche Maßnahmen hat der LStHV eingeleitet oder durchgeführt?)

Die Bemessungsgrundlage für die Höhe des Mitgliedsbeitrags regelt sich gemäß o.g. Erlass.

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

Die Beitragsordnung für das geprüfte Geschäftsjahr       habe ich als **Anlage**  beigefügt.

### 5. Zahl der Mitglieder im Geschäftsjahr

Die Zahl der Mitglieder im geprüften Geschäftsjahr       betrug .

### 6. Durchführung Mitgliederversammlung

Die Einladung zur Mitgliederversammlung i.S.d. § 14 Abs. 1 Nr. 8 StBerG (**Anlage** ) für das dem **geprüften** Geschäftsjahr       **vorangegangene** Geschäftsjahr       erfolgte

schriftlich.

mündlich.

sonstig, nämlich:

Der wesentliche Inhalt der Geschäftsprüfung       wurde gemäß § 22 Abs. 7 Nr. 2 StBerG **schriftlich** bekannt gegeben (**Anlage** ).

schriftlich ja

nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

Die Aussprache über das Ergebnis der Geschäftsprüfung       wurde durchgeführt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

### 7. Prüfung der Geschäftsführung

Die Grundsätze für eine Selbsthilfeeinrichtung wurden eingehalten (§ 13 Abs. 1 StBerG).

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

Die Zustimmung der Mitgliederversammlung zu Verträgen des Vereins mit Mitgliedern des Vorstands liegt vor.

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

Im geprüften Geschäftsjahr       waren folgende Personen gewählte Mitglieder der satzungsmäßigen Vereinsorgane:

|  |  |
| --- | --- |
| **Name, Vorname** | **Funktion** |
|  |  |
|  |  |
|  |  |
|  |  |
|  |  |

Es gibt Hinweise auf eine andere wirtschaftliche Tätigkeit der Mitglieder der Vereinsorgane und des Beratungspersonals in Verbindung mit der Hilfeleistung in Steuersachen im Rahmen der Befugnis nach § 4 Nr. 11 StBerG, § 26 Abs. 2 StBerG.

Nein

Ja und zwar folgende:

Es gibt Hinweise auf die Hilfe der Vereinsmitglieder bei der Vorfinanzierung (ggf. Absprachen mit Kreditinstituten, personelle Verknüpfung zu diesen).

Nein

Ja und zwar folgende:

Es gibt Hinweise, dass die sachgemäße Ausübung der Hilfeleistung in Steuersachen im Rahmen der Befugnis nach § 4 Nr. 11 StBerG als nicht mehr sichergestellt erscheint (z.B. mangelnde Aufsicht durch den Beratungsstellenleiter, Leitung von mehr als 2 Beratungsstellen durch einen Beratungsstellenleiter).

Nein

Ja und zwar folgende:

Es gibt Hinweise auf eine (auch bevorstehende) Überschuldung des LStHV.

Nein

Ja und zwar folgende:

Eine Haftpflichtversicherung besteht, ist angemessen (§ 25 Abs. 2 StBerG) und entspricht § 10 DVLStHV (Mindestversicherungssumme je Versicherungsfall 50.000 Euro).

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

Die letzte Beitragsrechnung habe ich als **Anlage**  beigefügt.

### 8. Beachtung von Fristen[[1]](#footnote-1)

* Die Geschäftsprüfung für       wurde am       durchgeführt, damit innerhalb von sechs Monaten nach Beendigung des Geschäftsjahres, § 22 Abs. 1 StBerG.

Ja

Nein: erst am .

* Der Prüfungsbericht für       wurde dem Bayerischen Landesamt für Steuern am  vorgelegt, damit innerhalb eines Monats nach dem der LStHV diesen erhalten hatte, § 22 Abs. 7 Nr. 1 StBerG.

Ja

Nein: erst am

* Die gesetzlich angeordnete **schriftliche** Bekanntgabe des wesentlichen Inhalts der Prüfungsfeststellungen für das Geschäftsjahr       an die Mitglieder, **Anlage** , erfolgte am , damit innerhalb von sechs Monaten nach dem der LStHV diesen erhalten hatte, § 22 Abs. 7 Nr. 2 StBerG. Der Inhalt entspricht Tz. 3 der gleichlautenden Ländererlasse vom 13.05.2022 (BStBl I 2022, S. 839)

Ja

Nein: erst am

* Die Mitgliederversammlung bzw. Vertreterversammlung i.S.d. § 14 Abs. 1 Nr. 8 StBerG, für das Geschäftsjahr       wurde am       durchgeführt, damit innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe der Prüfungsfeststellungen an die Mitglieder.

Ja

Nein: erst am

* Die Unterrichtung des Bayerischen Landesamts für Steuern über die o.g. Mitgliederversammlung bzw. Vertreterversammlung erfolgte am      , damit spätestens 2 Wochen vor der Durchführung der Mitgliederversammlung, § 29 Abs. 1 StBerG.

Ja

Nein: erst am

### 9. Testat

Die tatsächliche Geschäftsführung des Vereins stimmt mit den gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben überein.

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

Vor der Ordnungsmäßigkeit der Aufzeichnungen und Belege habe ich mich überzeugt, § 22 Abs. 4 StBerG.

Ja

Nein, ich erteile folgende Beanstandungen:

           

Datum Unterschrift Siegelabdruck des Geschäftsprüfers

**Anlagen** (die **pflichtgemäß** dem Geschäftsprüfungsbericht **beizufügen sind**)

Beitragsordnung

Einladung Mitgliederversammlung

den Mitgliedern schriftlich bekannt gegebenen wesentlichen Inhalte der Prüfungsfeststellungen

Protokoll der Mitgliederversammlung

Vermögensübersicht

Gewinn- und Verlustrechnung

Übersicht über Einnahmen, insbesondere Mitgliedsbeiträge

Übersicht über Ausgaben, insbesondere Personalkosten, Sach- und Verwaltungs-kosten

Aufgliederung Personalkosten

letzte Beitragsrechnung Haftpflichtversicherung

**weitere Anlagen**

1. Bitte unbedingt beachten: In der **Tz. 8** ist die Einhaltung der Fristen nur für das dem Prüfungsjahr **vorangegangene** Geschäftsjahr zu prüfen. [↑](#footnote-ref-1)